[](https://www.kla.tv/9672)Medienkommentar

„Antidesinformationsstellen“ – Mediengleichschaltung im Endstadium?

**Die Verbreitung von Falschinformationen, z.B. im Zusammenhang mit Wahlkämpfen, stellt mit Sicherheit ein Problem dar. Denn falsche Informationen führen zu einem falschen Verhalten, was einen großen Schaden verursachen kann. Nachfolgender kurzer Ausschnitt aus einer Sendung des internationalen Senders RT bringt das anschaulich auf den Punkt:**

Die Verbreitung von Falschinformationen, z.B. im Zusammenhang mit Wahlkämpfen, stellt mit Sicherheit ein Problem dar. Denn falsche Informationen führen zu einem falschen Verhalten, was einen großen Schaden verursachen kann. Nachfolgender kurzer Ausschnitt aus einer Sendung des internationalen Senders RT bringt das anschaulich auf den Punkt:   
https://deutsch.rt.com/programme/451-programme/43871-451-merkels-massnahmen-gegen-fake (Minute 7:26 bis 7:58)  
  
In Deutschland ist daher unlängst ein „Abwehrzentrum gegen Falschinformation“ im Gespräch. Auch in Österreich wollen sich nun die beiden Regierungsparteien SPÖ und ÖVP dieser Thematik stellen. Und in Tschechien hat mit dem 1. Januar 2017 sogar bereits eine „Antidesinformationsstelle" ihre Arbeit aufgenommen. Auffällig dabei ist, in welcher Schwarz-Weiß-Malerei Politiker der Bevölkerung die Notwendigkeit dieser Fake-News-Kontrollen beibringen wollen und dabei insbesondere alternative Medien im Visier zu haben scheinen.  
Unweigerlich stellt sich auch die Frage, warum gerade jetzt diese Kontrollen so sehr wichtig sein sollen. Wer oder was steckt dahinter? Dazu nochmals ein kurzer Ausschnitt von RT:   
https://deutsch.rt.com/programme/451-programme/43871-451-merkels-massnahmen-gegen-fake/ (Minute 7:58 bis 11:05)  
  
Heinz Christian Strache, Parteivorsitzender der Freiheitlichen Partei Österreich, FPÖ, beleuchtet von einer anderen Seite die Frage, warum gerade jetzt die Fake-News-Kontrollen eingeführt werden sollen. Er sagte am 30.12.2016 zur Debatte über Falschmeldungen wörtlich:   
„Niemand geringerer als die (österreichische) Bundesregierung selbst produziert 'Fake-News' am laufenden Band."  
  
Als Beispiele nannte Strache „beschönigte" Kriminalstatistiken und Arbeitslosenzahlen sowie das Verschweigen von Migrationshintergründen bei Verbrechern. Strache wörtlich:   
„Sollte tatsächlich ein Straftatbestand für Desinformation eingeführt werden, dann müsste es die ersten großen Strafen für die gesamte Bundesregierung samt ihrer Riege an medialen Hofberichterstattern hageln.“  
   
  
Die steigende Bedeutung sozialer Netzwerke, aber auch der Erfolg vieler kritischer Internet-Medien sei ein Segen für die Demokratie und ein hervorragendes Korrektiv zu den Fake-News der Regierung und ihrer Medien.   
Strache sagte wörtlich weiter:   
„Wenn man diesen öffentlichen Diskurs abwürgen will, hat man Demokratie nicht verstanden und will unsere Gesellschaft, die durch ein Direktiven- und Überwachungskonvolut der EU ohnehin schon viel an ihrer Freiheit eingebüßt hat, noch unfreier machen. Dagegen wird es unseren erklärten politischen Widerstand geben.“  
  
Dabei ist die Schlussfolgerung von Heinz Christian Strache sicher nicht übertrieben, al er sagte, dass die westlichen Regierungen und ihre Hofberichterstatter, wie er sich ausdrückte, gravierende Fake-News produzieren. In unserer Sendung vom 31.12.2016 „Jahresrückblick 2016 – die gewichtigsten Lügen, Unterlassungen und Ungereimtheiten der Medien“ [www.kla.tv/9647] wiesen wir ein weitreichendes Panorama dieses Problems stichhaltig nach.  
  
Damit bekommen die Rufe aus der Politik nach staatlich kontrollierten „Antidesinformationsstellen“, oder wie immer man sie auch nennen mag, den starken Beigeschmack einer weiter fortschreitenden Mediengleich-schaltung. Ausgerechnet alternative Medien, die wichtiger Bestandteil gelebter Demokratie sind, sollen auf diesem Wege gekappt werden. Und nur deshalb, weil sie herausspürten und aufdeckten, dass etwas mit der öffentlichen Berichterstattung nicht stimmt.   
Und doch sagte bereits Abraham Lincoln sehr trefflich:   
„Man kann einen Teil des Volkes die ganze Zeit täuschen und das ganze Volk einen Teil der Zeit. Aber man kann nicht das gesamte Volk die ganze Zeit täuschen.“

**von hm**

**Quellen:**

<http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/5140502/Phaenomen-Fake-News-ist-nicht-allein-durch-Strafkultur-zu-loesen?from=suche.intern.portal>  
<http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/5141610/Strache_Regierung-produziert-selbst-Fake-News>  
[www.fpoe.at/artikel/hc-strache-bundesregierung-selbst-ist-produzent-permanenter-fake-news-2/](https://www.fpoe.at/artikel/hc-strache-bundesregierung-selbst-ist-produzent-permanenter-fake-news-2/)  
<https://deutsch.rt.com/programme/451-programme/43871-451-merkels-massnahmen-gegen-fake/>

**Das könnte Sie auch interessieren:**

#Strache - Der politische Fall von Heinz-Christian Strache ... - [www.kla.tv/HeinzChristianStrache](https://www.kla.tv/HeinzChristianStrache)  
  
#Medienkommentar - [www.kla.tv/Medienkommentare](https://www.kla.tv/Medienkommentare)

[](https://www.kla.tv)**Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...**

* was die Medien nicht verschweigen sollten ...
* wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
* tägliche News ab 19:45 Uhr auf [www.kla.tv](https://www.kla.tv)

Dranbleiben lohnt sich!

**Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter:** [**www.kla.tv/abo**](https://www.kla.tv/abo)

**Sicherheitshinweis:**

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

**Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!  
Klicken Sie hier:** [**www.kla.tv/vernetzung**](https://www.kla.tv/vernetzung)

*Lizenz: C:\Users\W\Downloads\ccby_transparent.png Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Serafe, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.